

der Sowjetunion annektiert wurden, ist das Territorialproblem ein gemeinsames internationales Problem. Daß das japanische Volk auf seinen gerechten Forderungen nach den nördlichen Gebieten besteht, wird auf die Völker in ihrem Kampf gegen den sowjetischen Sozialimperialismus einen gewaltigen Einfluß ausüben. ... Außerdem würdigen wir, daß der Vorschlag der Sowjetunion zur sog. kollektiven Sicherheit Asiens in dem Gemeinsamen Kommuniqué überhaupt nicht erwähnt ist. Die Sowjetunion hält japanische

Gebiete besetzt und massiert an der sowjetisch-chinesischen Grenze große Truppenkontingente. Sie läßt kein Mittel unversucht, um souveräne Staaten Asiens zu spalten, und unterstützt die reaktionären Cliques Asiens. Wie kann die Sowjetunion unter diesen Umständen die Stirn haben, von der Sicherheit Asiens zu fasseln? Der Vorschlag der sog. kollektiven Sicherheit Asiens zielt lediglich darauf ab, in Asien die Hegemonie der Sowjetunion zu errichten."

Weggel

- 1) Das ganze Gespräch ist abgedruckt in "Chinese Law and Government", Fall 1969/Vol.II/3, Jasp-Serie, S.33-37 (36 f.)
- 2) PRu 1973, Nr.II, S.15 f.
- 3) Näheres David I. Hitchcock jr., "Joint Development of Sibiria: Decision Making in Japanese-Soviet Relations" in Asian Survey 1971, S.281.
- 4) Näheres dazu C.a. 1973/5 - Ü 36.
- 5) Vgl. z.B. PRu 1973 Nr.38, S.21.
- 6) Vgl. dazu Rinjiro Harako, "Japan-Soviet Relations and Japan's Choice", Pacific Community 1972, S.79-96 (84 ff.)
- 7) Wiedergabe des Interviews in Auszügen in FAZ, 11.10.73.
- 8) NZZ, 12.10.73
- 9) C.a.1972/5 Ü 7 und 10, S.287 u.a.
- 10) NCNA, 13.10.73.
- 11) NZZ, 22.10.73.
- 12) Welt, 17.10.73.
- 13) Handelsblatt, 21.3.73.
- 14) NZZ, 6.5.73.
- 15) JIJI Press, 16.10.73.
- 16) Handelsblatt, 21.3.73; zu dem Energieprojekt vgl. auch "Problems of Communism", S. 25 ff.
- 17) FAZ, 18.10.73.
- 18) NCNA, 13.10.73.

CHINA : IDEOLOGISCHE MITSCHULD DER SOWJETUNION AM UNTERGANG ALLENDES

Kein Abbruch der Beziehungen zur Junta

Nur sehr vorsichtig und zurückhaltend - der Bedeutung der Ereignisse keineswegs angemessen - hat die Volksrepublik China zum Umsturz in Chile und dem Tod Allendes Stellung bezogen. Ministerpräsident Chou En-lai bekundete im September in einem Beileidstelegramm gegenüber Allendes Witwe tiefempfundenes Mitgefühl, Schmerz und Empörung. Zwar würdigte er die positiven Anstrengungen des Präsidenten für den Kampf des chilenischen Volkes, und die 'Peking Rundschau' entschuldigte den Zusammenbruch der Volksfrontregierung durch von ausländischen reaktionären Kräften arrangierte Sabotageakte (1).

Über solche Anerkennung Allendes als Märtyrer hinaus aber drängten die Chinesen darauf, "die richtigen Lehren aus diesem traurigen Ereignis zu ziehen", so Chou En-lai in seinem Telegramm. Vor der UNO-Vollversammlung wurde der Delegierte der Volksrepublik, Vizeaußenminister Chiao Kuan-hua, deutlicher (2). Man solle nicht vergessen, welch gros-

sen Schaden die absurde These über den sogenannten "friedlichen Übergang", die eine Supermacht befürwortete, dem revolutionären Kampf der Völker Asiens, Afrikas und Lateinamerikas gegen den Imperialismus zugefügt habe. Mit dieser Attacke auf ideologische Positionen der Sowjetunion wird der Stellenwert des Falles Chile im sinosowjetischen Konflikt angesprochen, die nur oberflächlich gleiche Verurteilung des Militärputsches durch Moskau und Peking polemisch differenziert. Andererseits wird eine über den chilenischen Kontext hinausweisende Schlussfolgerung für zukünftige soziale Veränderungen in der Dritten Welt gefordert.

Im Klartext also etwa: Nicht mit parlamentarisch zustande gekommener Volksfrontregierung, nicht mit kommunistischen Parteien, die sich an demokratische Spielregeln halten, kann der Sozialismus erkämpft werden, sondern allein durch die Revolution. Das ist ein Rückgriff auf die seit einem Jahrzehnt zum Ritual erstarrte ideologische Auseinandersetzung

zwischen China und der Sowjetunion, in der China "Chruschtschow, diesen Clown auf der zeitgenössischen politischen Bühne", verhöhnte; denn seit dem 20. Parteitag habe dieser sämtliche antimarxistischen Ansichten aller bisherigen Opportunisten und Revisionisten zusammengeklaut und die Linie des "friedlichen Überganges" und des "parlamentarischen Weges" für die Dritte Welt zusammengezimmert (3).

Schützenhilfe für solche Argumentation leistete China Albanien. In einem Leitartikel der Zeri Popullit (4) wurde als Konsequenz der Ereignisse in Chile eine Analyse gefordert, die sich nicht in nationale Einzelheiten und Momente verliert, sondern auf die allgemeinen Gesetzmäßigkeiten der Revolution eingeht. Präsident Allende habe zwar nicht der persönliche Mut gefehlt und erst recht nicht die nötigen Ideale. Seine Tragödie bestand darin, daß er glaubte, die reaktionären Kräfte könnten durch Vernunft zur Aufgabe ihrer Position gezwungen werden. Außer den Moskauer Revisionisten verurteilt das Blatt gleich italienische, französische und andere Reform-Kommunisten mit, die die "chilenische Erfahrung" als konkretes Beispiel dafür auffaßten, daß es einen friedlichen Weg der Revolution gebe. Insofern trage jeder einen großen Teil der Verantwortung für den Putsch, der solchen Theorien und pazifistischen Illusionen angehangen habe.

Wenn die VRCh auch diesen Standpunkt bisher nicht in solcher Lautstärke vertreten hat, so sind Chinas Ansichten zum Thema Revolution im Falle Chiles doch erstmals seit 1970 offen ausgesprochen worden. Ein gutes Beispiel dafür, wie Peking im Widerspruch von zwei vertretbaren Linien, der Unterstützung einer linken Volksfrontregierung und dem Eintreten für seine ideologische Überzeugung, diese Linien in einer taktischen und strategischen Ebene einander unterordnet. Heute nun ist der Zeitpunkt gekommen, wo taktische Rücksichten fallengelassen werden können. Denn 1970 hatte Peking seine Bedenken gegen den 'parlamentarischen Weg' zurückgestellt, ein Jahr später mit Chile diplomatische Beziehungen aufgenommen und 1972 Allende ein Darlehen von 65 Mio US-Dollar angeboten. China wollte eine Fabrik für Walzlager u.a. Industrieanlagen errichten. Es nahm in großem Maße chilenischen Kupfer ab und kaufte Salpeter. Der Besuch des chilenischen Außenministers im Januar d. J. hatte neben so erfolgreich verdichteten Wirtschaftsbeziehungen einen perspektivenreichen Durchbruch der flexiblen chinesischen Außenpolitik in Lateinamerika signalisiert (5).

Während die sowjetische Regierung selbst auf den ideologischen Streitpunkt nicht einging, haben die Rumänen sich aus der Perspektive ihrer eigenen Erfahrungen dem chinesischen Standpunkt angeschlossen, ohne allerdings sich polemisch gegen die Sowjetunion zu wenden. Anlässlich der Feierlichkeiten zum 25. Jahrestag der rumänischen Sicherheitskräfte betonte Ceausescu (6), die Erfahrungen des revolutionären

Kampfes in Rumänien in der Zeit nach der Befreiung bis zum Gewinn der politischen Macht hätten deutlich gezeigt, daß das Volk nur Herr seines Geschickes werden könne, wenn es seine eigenen Institutionen staatlicher Macht gründe, angefangen bei der Armee und den Sicherheitskräften, bis zum gesamten Staatsapparat. Mit direkter Bezugnahme auf Chile erklärte der Generalsekretär der KP Rumäniens: "Man kann nicht unter Beibehaltung des alten Staatsapparates ein neues System gründen".

Insgesamt gesehen, erscheinen Pekings Theorien durchaus plausibel und der Realität sehr nahezu-kommen. Die Ironie aber will es, daß gerade Kubas Castro - einst Pekings revolutionäres Vorbild für ganz Lateinamerika - einerseits in punkto Chile die Ansichten der Chinesen teilt, andererseits aber sich mit Vehemenz gegen zentrale chinesische Thesen wendet, wie die von den zwei Supermächten, weil die Waffen der kubanischen Revolution schließlich doch von der UdSSR geliefert worden seien (7).

Die Ereignisse in Chile, die ideologisch aus der Sicht Pekings und Moskaus in einer so verschiedenen Perspektive erscheinen, haben zu neuer, scharfer Polemik Anlaß gegeben. Obgleich Peking die Junta durchaus verurteilte, hat es sich schnell mit der Existenz des neuen Regimes abgefunden. Am 10. Oktober teilte das chinesische Außenministerium dem bisherigen Botschafter Chiles in Peking, Uribe, einem engen Freund Allendes, mit, daß er nicht mehr als der offizielle Vertreter Chiles betrachtet werde. Die neue Regierung in Santiago hatte vorher Uribe seines Postens enthoben (8). An seine Stelle trat der bisherige Zweite Botschaftssekretär F. Perez, der sich einverstanden erklärt hatte, mit dem neuen Regime zusammenzuarbeiten. Als offizieller neuer Vertreter Chiles wurde er kurz darauf von der chinesischen Regierung zu einem Empfang eingeladen.

Chinas Anerkennung der neuen Realitäten kontrastiert scharf mit dem Verhalten der Sowjetunion u. a. osteuropäischer Länder. Aus Protest hatten die Sowjetunion, die Tschechoslowakei, Jugoslawien, Polen, Bulgarien, Ungarn, DDR und die Äußere Mongolei sowie die Provisorische Revolutionäre Regierung Südvietsams, Korea und Kuba die diplomatischen Beziehungen zu Chile abgebrochen (9). In der von der Sowjetunion angeführten konzertierten Verurteilungsaktion dieses Pekinger Verhaltens hieß es, die chinesischen Führer verschlossen ihre Augen vor den konterrevolutionären Akten der Junta. Peking habe das Regime de facto anerkannt, die Dritte Welt sei Zeuge eines Verrats der chinesischen Führung am revolutionären Befreiungskampf, an Demokratie und Sozialismus (10). Peking habe damit einen "Do Ichstoß in den Rücken der chilenischen Revolution" geführt (Rude Pravo). Die chinesische Politik finde sich in einer Einheitsfront mit den chilenischen faschistischen Putschisten wieder.

Pekings relative Zurückhaltung gegenüber der Junta zeigt am konkreten Beispiel, wie eine Entscheidung

im Zwiespalt zwischen revolutionärer Strategie und den eigenen nationalen Interessen heute ausfällt. Ganz im Sinne der nachkulturrevolutionären Politik wird dem zweiten Aspekt Vorrang gegeben. Im Gegensatz zu Moskau und den sozialistischen Ländern Osteuropas können die Chinesen dafür eine rasche Ausweitung

ihrer wirtschaftlichen und politischen Kontakte zu Südamerika für sich buchen. Solche Vorteile in Lateinamerika gegenüber den Sowjets scheinen für

Peking schon unangenehme Begleiterscheinungen wie eine kurzfristige, gegen China gerichtete Entrüstungskampagne des Ostblocks aufzuwiegen.

- 1) Beileidstelegramm: PRu, Nr. 38, 25.9.73, S. 3; Meldung über Militärputsch S. 21
- 2) Radio Peking, 3.10.73, nach MD, deutsch vgl. PRu, Nr. 40, 9.10.73, S. 10
- 3) vgl. z. B. "Warum Chruschtschow von der Bühne abgetreten ist" (Leitartikel HCh, 21.11.1964), in: Die Polemik über die Generallinie der Internationalen Kommunistischen Bewegung, Berlin, 1971, S. 539 - 550
- 4) ATA, 2.10.73, nach MD

- 5) C.a., 5/72 - Ü14; 2/73 - Ü17; 3/73 - Ü13
- 6) Agerpres, 12.10.73, nach MD
- 7) C.a., 8/73 - Ü19
- 8) Le Monde (AFP), 12.10.73, vgl. auch TASS, 11., 12., 17. 10.73, und FAZ, 12.10.73
- 9) TASS, 11.10.73, nach MD
- 10) TASS, 11.10.73, Rude Pravo nach Ceteka, 18.10.73, vgl. die ungarische MTI, 12.10.73, alle nach MD

EUROPA-REISE DES DALAI-LAMA

Verhandlungen über seine Rückkehr in die Volksrepublik?

Mit seinem Besuch in der Bundesrepublik vom 29.10. bis 3.11.73 hat der Dalai-Lama seinen sechswöchigen Aufenthalt in Europa abgeschlossen, der ihn in die folgenden Länder führte: Italien, Schweiz, die Niederlande, Belgien, Irland, Norwegen, Schweden, Dänemark, England, Österreich und die Bundesrepublik. Über den Zweck der Reise verlautete:

"Es handelt sich um eine private Reise mit ausschließlich kulturellen und religiösen Zielen. Seine Herrlichkeit strebt einen Gedankenaustausch mit westlichen Wissenschaftlern und religiösen Führern an. Er möchte sich über Geist und Kultur des Westens unterrichten und auch versuchen, auf dieser Reise etwas aus dem reichen Schatz tibetischen Kultur- und Geistesgutes dem Westen zu vermitteln in der Hoffnung, daß buddhistische Denkweise dazu beitragen könnte, manch schwieriges Problem unserer Zeit zu lösen. Gleichzeitig erfüllt Seine Heiligkeit die oft geäußerte Bitte derjenigen Exil-Tibeter, die ein Asyl in Europa gefunden haben und die sich danach sehnen, den Kontakt mit ihrem geistigen Oberhaupt zu erneuern. Schließlich ist es der Wunsch des Dalai-Lama, die Leiter der Hilfsgesellschaften in Europa zu begrüßen und ihnen seine Anerkennung für die den tibetischen Flüchtlingen gewährte Hilfe auszusprechen" (1).

Unter anderem wurde das 38jährige Oberhaupt des tibetischen Lamaismus von Papst Paul VI. empfangen, besuchte das Schweizerische Hilfskomitee für Tibet in Luzern, das Tibet-Institut Rikon im Kanton Zürich sowie den Weltkirchenrat in Genf. Nach Besprechungen mit Vertretern aus Kultur und Wissenschaft im

Bonner "Hotel Bristol" reiste der Dalai-Lama nach Köln, wo es zu einer Begegnung mit Kardinal Frings und dem Kölner Erzbischof Höffner kam. Weitere Stationen waren Aachen und München (2).

Ogleich der Dalai-Lama nicht müde wurde, bei jedem Interview zu versichern, daß sein Aufenthalt lediglich eine private Angelegenheit sei, erscheint diese Reise des lamaistischen Oberhirten dennoch so unpolitisch nicht. Er ist immerhin Haupt der tibetischen Exil-Regierung, seit er wegen des tibetischen Aufstandes von 1959 aus der Hauptstadt Lhasa ins Exil nach Indien ging (3). China hatte vor der Reise alle Hebel in Bewegung gesetzt, um die Europa-Reise noch im letzten Moment zu verhindern. Während in Rom, Bern und Bonn mit Rücksicht auf die Volksrepublik lediglich Treffen mit Politikern ausblieben, haben in Paris und Washington die Bedenken so sehr überwogen, daß ein Aufenthalt überhaupt nicht erst zustande kam (4). Der Schlüssel für diese erste größere Auslandsreise des Dalai-Lama, wenn man von kurzen Aufenthalten in Japan und Thailand absieht, liegt daher wohl in neueren Entwicklungen auf dem Gebiet der Politik Chinas gegenüber seiner tibetischen Minderheit.

Chinas Niederschlagung der Revolte von 1959 war ein vorläufiger Schlußpunkt einer Entwicklung gewesen, die 1950 mit der Besetzung Tibets durch chinesische Truppen begonnen hatte und zu einem immer größeren Interessenkonflikt zwischen der tibetischen weltlich-geistlichen Führung und den Chinesen führte. Nach